



EDITORIAL

Wahlen in Aargau und Basel-Stadt



Liebe NWA-Mitglieder, liebe Gönnerinnen und Gönner, geschätzte Leserinnen und Leser

Die Debatte über das CO₂-Gesetz im Sommer hat deutlich gemacht,

dass mit den neuen Mehrheitsverhältnissen erste Erfolge auf Bundesebene erzielt werden konnten und eine ökologische Wende möglich ist.

Damit wir uns jedoch den Zielen des Pariser Klima-Abkommens nähern und die Herausforderungen der Klimakrise rasch angehen können, braucht es auch auf kantonalen Ebene dringend neue Mehrheiten. Deshalb nutzen Sie, liebe Leserinnen und Leser, auch im Herbst die Möglichkeit für den nächsten Schritt auf kantonalen Ebene: Am 18. Oktober 2020 wählt der Kanton Aargau und eine Woche später, am 25. Oktober 2020, der Kanton Basel-Stadt sein Parlament und die Regierung neu. Geben Sie den Kandidierenden von Grün-Rot Ihre Stimme!

Dank unserem hartnäckigen Engagement sind nun seit einigen Wochen die Atomkraftwerke Mühleberg und Fessenheim vom Netz. Als Nächstes muss Beznau folgen! Das älteste AKW der Schweiz weist Mängel auf, wie auf Seite 4 beschrieben. Dieses Sicherheitsrisiko dürfen wir der Bevölkerung nicht länger zumuten und auch hier ist rasches und entschlossenes Handeln der Politik gefordert. Bleiben wir gemeinsam dran – in diesem Sinne wünsche ich uns allen viel Energie und gute Gesundheit!

Florence Brenzikofer, Nationalrätin Grüne BL



Der Anfang vom Ende des AKW Fessenheim. Tag der Stilllegung, 30. Juni 2020, Freiburg i. Br.

AKW Fessenheim: Der Erfolg vom TRAS

Wie wir Fessenheim stilllegten



Jürg Stöcklin

Die atomkritische Volksbewegung, die 1975 mit der Bauplatzbesetzung in Kaiseraugst (CH) und Wyhl (D) ihren Aufschwung nahm, kam für Fessenheim (F) zu spät; 1977 wurden zwei Druckwasserreaktoren in Betrieb genommen, die von Anbeginn an heftig in der Kritik standen.



Ruedi Rechsteiner

Fessenheim liegt in einer Erdbebenzone und war dadurch in mehrerer Hinsicht gefährdet, zum Beispiel durch einen Bruch des Rheinseitenkanals mit Ausfall der Wasserzufuhr für die Kühlung oder durch Überschwemmung. Das AKW Fessenheim war von Anfang an ein Pannenreaktor mit technischen Schwächen, die bei jüngeren Reaktoren eliminiert wurden.

Die AKW-Bewegung kämpft trinational

Auf Initiative des NWA wurde 2005 in Basel der Trinationale Atomschutzverband TRAS gegründet. Ziel war es, die Kritik am AKW

Fessenheim grenzüberschreitend zu bündeln und durch Klagen vor französischen Gerichten die Schliessung zu erreichen. Als Mitglieder sollten in erster Linie öffentliche Körperschaften, Gemeinden, Städte, Kantone und Landkreise gewonnen werden. Grundlage jedes Beitritts war ein Mehrheitsbeschluss gewählter Volksvertreter. Der Kanton Basel-Stadt unterstützte TRAS von Anfang an finanziell und durch Expertenwissen und machte dadurch dessen Gründung möglich. Bereits zwei Jahre später betrug die Anzahl der Mitgliedsgemeinden aus den drei Ländern mehr als sechzig.

Gutachten und hartnäckige Klageverfahren

Ein Gutachten unabhängiger Geologen wies 2007 die Erdbebefähigung von Fessenheim nach. 2008 reichte TRAS, vertreten durch die Anwältin Corinne Lepage, bei französischen Gerichten eine erste Klage auf sofortige Schliessung ein. Weitere Klagen folgten, jeweils wohlbegründet durch unabhängige Gutachten.

Die Kernschmelze in drei Reaktoren in Fukushima 2011 wurde zum Fanal. Auf Initiative von TRAS verabschiedeten 167 Gemeinden und Städte, darunter 55 französische Körperschaften, Resolutionen mit der Forderung nach sofortiger Stilllegung des AKW. TRAS zählte mittlerweile mehr als 100 Mitgliedsgemeinden und konnte im Namen

von annähernd einer Million Menschen auftreten. 2012 erklärte der neu gewählte Präsident Hollande, dass er Fessenheim 2016 schliessen will.

Gemeinsam und den Tatsachen verpflichtet

Die definitive Schliessung von Fessenheim war letztlich ein Entscheid der französischen Regierung, der von einer Volksbewegung erstritten wurde, die jahrzehntelang hartnäckig blieb, sich grenzüberschreitend organisierte und mit kritischen Gutachten der Électricité de France EDF, dem Betreiber, und der unzulänglichen Aufsicht Paroli bot und diese immer wieder vor die Gerichte zwang. Am Schluss war mitentscheidend, dass eine weitere 10-Jahres-Betriebsgenehmigung nur mit teuren Nachrüstungen und sicher nur gegen weiterem hartnäckigen Widerstand überhaupt möglich gewesen wäre.

Jürg Stöcklin, Präsident von TRAS
Ruedi Rechsteiner, Vizepräsident von TRAS



IN KÜRZE

Was war vor 50 Jahren?

Die friedliche Nutzung der Atomenergie war sehr angesagt ... eine saubere, unerschöpfliche Stromproduktion werde unser Energieproblem lösen.

Die Region Basel war umzingelt von geplanten Atomkraftwerken; im Dreiländereck im Umkreis von ca. 50 km um Basel waren 20 Reaktoren vorgesehen – eine extrem «friedliche Atomdichte»!

Mutige Menschen fanden das gar nicht zukunftsstauglich und gründeten am 5.5.1970 in Rheinfelden das NWA ... also vor über 50 Jahren. Die Erste Bürgerinitiative gegen AKWs!!

Heute sind im diesem Umkreis noch 4 Reaktoren aktiv, alle davon in der Schweiz. Die Werke in Deutschland und Frankreich sind nun abgestellt und werden zurückgebaut.

Diesen Erfolg wollen wir feiern – Corona-bedingt nun etwas später:

Am 23. Oktober 2020 ab 17 Uhr auf dem Besetzungs-Gelände und um 19 Uhr in Rheinfelden (siehe Beilage – mit Anmeldung)

Wir zählen weiterhin auf Menschen, die an eine erneuerbare Energieversorgung glauben und sich dafür einsetzen, dass auch die restlichen vier Schweizer-Atomreaktoren abgestellt werden!

Peter Scholer
GAK-Ehrenpräsident und NWA-Vorstandsmitglied, Besetzer-Opa, der seinen Enkeln eine sonnige Zukunft wünscht

Energiegesetz Aargau – Ja, aber...

Am 27. September stimmt die Aargauer Bevölkerung über das neue Energiegesetz ab. Die durch die bürgerliche Parlamentsmehrheit verwässerte Vorlage überzeugt nicht. Dennoch empfiehlt NWA Aargau ein «Ja»: Das Gesetz, insbesondere die Pflicht zur Eigenstromproduktion bei Neubauten, ist immerhin ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Für grössere Fortschritte braucht es neue Kräfteverhältnisse im Grossen Rat (siehe Beitrag zu den Wahlen auf S. 2).

NWA Aargau

<https://www.nwa-aargau.ch>



An die Urnen!

Am 18. Oktober 2020 finden im Kanton Aargau Gross- und Regierungsratswahlen statt. Die vergangenen vier Jahre haben deutlich gezeigt, dass die derzeitigen Mehrheiten keine griffigen Klimaschutzmassnahmen zustande bringen (siehe Seite 4). Vor den Wahlen werden aber wieder alle betonen, wie wichtig ihnen Umwelt und Klima sind.

Verhalten der Parteien analysiert

Für Wählerinnen und Wähler ist es schwierig herauszufinden, wer die Versprechungen dann auch einhält. Die Aargauer Umweltverbände NWA, WWF, VCS und Birdlife haben deshalb das Abstimmungsverhalten aller Mitglieder des Grossen Rats analysiert. Wenig überraschend sind die Unterschiede zwischen den Parteien gross; aber auch die Bandbreite innerhalb der Parteien ist teilweise massiv. Grüne und SP haben Umweltanliegen im Parla-

ment mit sehr wenigen Abweichungen unterstützt. Diese Parteien können mit gutem Gewissen als umweltfreundlich bezeichnet werden. GLP und EVP haben im Schnitt bei fast drei Viertel der Vorlagen für die Umwelt gestimmt. Bei beiden Parteien ist die Bandbreite zwischen den einzelnen Grossrät*innen gross. Wenn ihr eine dieser Parteien bevorzugt, lohnt es sich also besonders, die Umweltfreundlichkeit der einzelnen Kandidierenden auf www.umweltrating.ch/aargau individuell zu prüfen. CVP, BDP und FDP stimmten bei rund der Hälfte der umweltpolitischen Entscheidungen im Interesse der Umwelt. Bei der CVP sind die internen Unterschiede allerdings sehr gross. SVP und EDU sprachen sich fast immer gegen die Umwelt aus und bilden die Schlusslichter im Rating. Neue Kandidierende wurden eingeladen, einen Fragebogen auszufüllen. Deren Umweltfreundlichkeit kann ebenfalls auf der genannten Webseite abgefragt werden.

NWA-Mitglieder wählen!

Wer von unseren Mitgliedern kandidiert, werden wir rechtzeitig auf unserer Webseite www.nwa-aargau.ch und in einem Inserat publizieren. Doch nicht nur im Grossen Rat braucht es eine Machtverschiebung. Auch in der Regierung hatten es Umweltthemen in den vergangenen Jahren schwer. SP und Grüne spannen deshalb im Wahlkampf zusammen, um einen zweiten Sitz zu erkämpfen.

Wir unterstützen unsere Mitglieder **Christiane Guyer** (Grüne) und **Dieter Egli** (SP) vorbehaltlos. Mit vereinten Kräften und einer starken Mobilisierung können wir den Aargau zukunftsfähiger machen. An die Urnen!

Andreas Fischer
Präsident NWA Aargau



Christiane Guyer
Grüne

Dieter Egli
SP

NWA Aargau empfiehlt:
Christiane Guyer und Dieter Egli
in die Aargauer Regierung!

NWA Schweiz

<https://nwa-schweiz.ch>



Ungenügende Revision des Energiegesetzes

Der Entwurf zur Revision des Energiegesetzes beschleunigt den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion nicht im von uns gewünschtem Ausmass.

Es fällt auf, dass es neu Projektierungsbeiträge von 40 % für Wasserkraft, Windkraft und Geothermie geben soll, aber nichts für die Photovoltaik (PV). Investitionsbeiträge sollen für alle Produktionsformen auf 60 % erhöht werden, aber für die PV gibts 30 %.

Die Vergütungshöhe soll für alle Produktionsformen verbindlich in der Verordnung

festgelegt werden, ausser für PV, wo die Vergütungshöhe in Auktionen festgelegt werden soll, in der Hoffnung, den Preis zu drücken. Gleichzeitig ist PV die einzige Produktionsform, die vom BFE weiterhin nach Belieben mit zu kleinen Kontingenten blockiert werden kann.

Die Blockade des Zubaus von grossen PV-Anlagen bleibt bestehen. Obwohl PV die einzige Produktionsform ist, die am schnellsten und billigsten zugebaut werden kann, womit der schnelle Atom- und Kohleausstieg gebremst wird.

Man könnte diesen Entwurf des Energiegesetzes als «Wir müssen den Photovoltaikzuwachs mit allen Mitteln bremsen!»-Gesetz bezeichnen.

Im grossen Stil gefördert werden sollen vor allem Produktionsanlagen, die von den Energieversorgern selbst geplant und gebaut werden, womit die Demokratisierung und Dezentralisierung der Stromversorgung noch mehr behindert wird.

Mit dem vorgesehenen gebremsten Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion und der

Vermeidung der Konkurrenzierung der Stromproduktion der grossen Energieversorger scheint dafür gesorgt zu werden, dass unsere ältesten Atomkraftwerke der Welt noch möglichst lange am Netz bleiben müssen. Das von Alpiq und Axpo geführte Bundesamt für Energie wird seine Einstellung in diesem Punkt wohl nie mehr ändern, so lange in der Schweiz auch nur ein einziger, altersschwacher Atomreaktor am Rollator, ich meine, am Netz ist, der vor dem bösen, bösen erneuerbaren Strom geschützt werden muss.

In diesem Sinne erachten wir die Förderung durch dieses Energiegesetz als viel zu eingeschränkt. Wenn es uns ernst ist mit dem Atom- und Fossilausstieg, muss der jährliche Zubau erneuerbarer Stromproduktion vervierfacht werden.

Wir bedauern die Tatsache, dass die Revision des Stromversorgungsgesetzes erst im Jahr 2021 vorgelegt werden soll, wo doch viele Versprechungen zur künftigen Förderung der erneuerbaren Energieversorgung vom Energiegesetz ins Stromversorgungsgesetz delegiert werden sollen. Zum Beispiel die Möglichkeit, das öffentliche Stromnetz nutzen zu dürfen, um den selber produzierten erneuerbaren Strom im Dorf oder im Quartier verkaufen zu können.

Voraussetzung für eine Marktöffnung im künftigen Stromversorgungsgesetz ist natürlich, dass die AKW-Betreiber kostendeckende, das heisst mindestens dreimal höhere jährliche Beiträge in die Stilllegungs- und Entsorgungsfonds einzahlen als heute. Sonst treten die AKW-Betreiber weiterhin mit einem surreal billigen Atomstrom im Markt an, der seine realen Kosten nicht deckt.

Peter Stutz
Geschäftsführer NWA Schweiz



NWA Region Basel

<https://nwa-schweiz.ch/regionalgruppen/nwa-region-basel/>



Machen wir aus Basel ein grosses Solarkraftwerk – NWA-Mitglieder in den Regierungs- und Grossrat



Elisabeth Ackermann
Grünes Bündnis
Regierungspräsidentin



Beat Jans
SP
in den Regierungsrat!



Tim Cuenod
SP
Grossrat
bisher



Alexandra Dill
SP
Grossrätin
bisher



Harald Friedli
Grünes Bündnis
Grossrat
bisher



Daniel Sägesser
SP
Grossrat
bisher



Jan Schudel
Grünes Bündnis
in den Grossen Rat!



Jürg Stöcklin
Grünes Bündnis
Grossrat
bisher



David Wüest-Rudin
GLP
Grossrat
bisher

Am 25. Oktober 2020 wird in Basel-Stadt gewählt. Zahlreiche NWA-Mitglieder kandidieren – und können von anderen NWA-Mitgliedern gewählt werden (mit panschiedern bis zu 3x auf jede Liste). 18 von ihnen haben fürs «Wende-Blatt» kurze Statements abgegeben, die wir hier gerne abdrucken.

Die Kandidierenden von NWA haben ein klares Programm. Sie setzen sich dafür ein, dass

- in Basel noch mehr erneuerbarer Strom produziert wird, etwa mit Photovoltaik
- die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Heizsysteme noch stärker vorangeht
- der Kanton Basel-Stadt weiter Druck macht, die verbleibenden vier AKWs und besonders das AKW Beznau 1 und 2 bald zu schliessen.

Regierungsrat

Elisabeth Ackermann, Regierungspräsidentin, bisher, Grüne: «Seit ich ein Teenager war, setze ich mich gegen AKWs ein und werde dies auch weiterhin mit Herzblut tun. Die Verfassung von Basel-Stadt verpflichtet mich sogar dazu.»

Beat Jans, SP, ehem. Co-Präsident NWA Schweiz: «Atomstrom ist weder sicher noch

nachhaltig. Ich werde mich dafür einsetzen, dass nach Fessenheim auch das AKW Beznau bald vom Netz geht.»

Grossrat Grossbasel Ost:

Maja Nidecker, Grüne (Liste 8): «Mit Photovoltaik und alternativen Energieformen in eine sozial gerechte und gute Zukunft für alle.»

Oliver Thommen, Grüne (Liste 8): «Fessenheim war erst der Anfang: Jetzt kommt das Zeitalter der Erneuerbaren!»

Jan Schudel, Vizepräsident NWA Schweiz, Grüne (Liste 8): «Seit Jahren setze ich mich intensiv bei NWA für Erneuerbare und gegen AKWs ein – im Grossrat möchte ich dieses Engagement fortsetzen.»

Tim Cuénod, bisher, SP (Liste 5): «Zu viele grosse Flachdächer in Basel haben weder Photovoltaik noch Begrünung. Das muss sich ändern!»

Grossbasel West:

Alexandra Dill, Vorstandsmitglied NWA Schweiz, SP (Liste 5): «Basel nachhaltig weiterentwickeln.»

Brigitta Gerber, BastA! (Liste 8): «Endlich! Fessenheim wurde stillgelegt. Jetzt müssen die maroden Beznauer Reaktoren folgen. Sie bedrohen unsere Region ebenso direkt.»

Toya Krummenacher, bisher, SP (Liste 5): «Nie wieder AKW – nie wieder fossile Energieträger! Dafür setze ich mich ein!»

Karl Linder, Grünliberale (Liste 10): «Es braucht Anreize für Hausbesitzer und Wohn-Genossenschaften, damit Solarenergie sich noch mehr lohnt – Abzugsfähigkeit der Kosten, Dachparzellen, Zusammenführung ermöglichen zwischen Nachbarn.»

Daniel Ordás-Köhler, SP (Liste 5): «Der Atomausstieg darf nicht in der Nachrichtenflut und im Tagesgeschäft untergehen.»

Pascal Pfister, bisher, SP (Liste 5): «Atomkraft? Für immer: Nein Danke!»

Daniel Sägesser, bisher, SP (Liste 5): «Ob als Unternehmer oder Grossrat: Immer 100 % für Atomausstieg und Energiewende!»

Jürg Stöcklin, bisher, Vorstandsmitglied NWA Schweiz/Präsident TRAS, Grüne (Liste 8): «Für eine Zukunft ohne Atom und fossile Energie braucht es mehr Photovoltaik auf Dächern, Fassaden und Infrastruktur und beherztes Handeln.»

Benjamin Plüss, SP (Liste 5): «Ohne Atomkraft und fossile Energieträger – für eine CO₂-neutrale Zukunft!»

Christian Thurneysen, Grünliberale (Liste 10): «Es braucht endlich Kostenwahrheit beim Atomstrom und eine Lösung für die Endlagerung des Atom Mülls!»

David Wüest-Rudin, bisher, Vorstandsmitglied NWA Region Basel, Grünliberale (Liste 10): «Atomausstieg und Klimapolitik sind Geschwister. Wir brauchen endlich eine breite Solaroffensive in Basel.»

Kleinbasel

Harald Friedli, bisher, Vorstandsmitglied NWA Schweiz, Grüne (Liste 8): «Mühleberg und Fessenheim sind der Anfang. Weitere AKWs müssen folgen. Hierfür setze ich mich ein.»

Beda Baumgartner, SP (Liste 5): «Die AKWs abstellen und auf fossilfreie Energien setzen: Dafür stehe ich ein.»

Kerstin Wenk, SP (Liste 5): «Der Widerstand gegen die Atomkraft ist aktuell wie eh und je!»

Tonja Zürcher, BastA! (Liste 8): «Klimagerechtigkeit heisst auch, Risiken für Mensch und Natur einzudämmen. Deshalb: Nie wieder AKW!»

NWA wird noch ein Sammelinserat schalten in der «bz Basel» im Hinblick auf die Wahlen – falls weitere NWA-Mitglieder dort aufgeführt werden möchten, können sie sich bei nwa.region.basel@gmail.com melden. Auch Neumitglieder von NWA sind herzlich willkommen.

Jan Schudel, Präsident NWA Region Basel

NWA Solothurn

<https://nwa-solothurn.ch>

Das AKW Gösgen war und ist nicht sicher!

Das AKW Gösgen (1979) ist nur zwei Jahre jünger als das französische AKW Fessenheim (1977), dessen zwei Reaktoren im ersten Halbjahr 2020 endgültig abgeschaltet wurden.

Wie in Fessenheim und in Beznau ist Gösgen ein Reaktor des Typs «Druckwasserreaktor». Die Alpiq AG (40 %), AXPO Power AG (25 %), Centralschweizerische Kraftwerke AG (12,5 %), Energie Wasser Bern (7,5 %) und die Stadt Zürich (15 %) sind die Eigentümer der «Kernkraftwerk Gösgen AG» welche beabsichtigen, das AKW mindestens bis zum Alter von 60 Jahren, also bis nahezu 2040, weiter zu betreiben¹.

In Deutschland wäre das AKW Gösgen bereits stillgelegt! Deutschland hat infolge des Fukushima-Super-GAU alle AKWs, welche vor 1984 in Betrieb gingen, abgeschaltet². Das UVEK jedoch stützt den unbeschränkten Betrieb der Schweizer AKW. «Die bestehenden Schweizer Kernkraftwerke dürfen so lange betrieben werden, wie sie sicher sind»³. So wurde es 2011 vom Bundesrat in Bezug auf den Atomausstieg der Schweiz kommuniziert.

Bürgerinnen und Bürger gehen davon aus, dass von einem AKW, anders als in anderen Technologien, «höchste» Sicherheit verlangt wird! Der ENSI-Aufsichtsbericht 2019 lässt jedoch aufhorchen. Im Bericht zum AKW Gösgen ist Folgendes zu lesen⁴: «Das ENSI beurteilt die Sicherheit des KKG ... hinsichtlich des Zustands und Verhaltens der Anlage als ausreichend...»

Die Beurteilung «ausreichend» durch das ENSI, eine Aufsichtsbehörde, welche selten Kritik am AKW-Betrieb übt und eher als «AKW-Protégé»⁵ auffällt, ist augenfällig. Jedoch, wenn ein AKW gravierende Mängel aufweist, lässt das ENSI auch eine verspätete Korrektur zu, ohne zwischenzeitliche Abschaltungen zu verlangen. So auch im aktuellen Fall.

Am 13. Mai 2019 wurde erkannt, dass im AKW Gösgen 101 Druckmessumformer eingesetzt wurden, die nicht auf Eignung bei einem Störfall geprüft sind. Das heisst, es bestand das Risiko, dass die Druckmessungen bei einem Störfall versagen können und die Anlage von Hand hätte heruntergefahren werden müssen, da man sich nicht

auf die automatischen Systeme verlassen konnte, welche sich eben auf den Messsignalen der Druckmessumformer abstützen.

Zum Beispiel werden eingesetzte Druckmessungen im AKW auch für die Füllstandsmessung des Flutbehälters eingesetzt. Der Flutbehälter beinhaltet borhaltiges Wasser, welches bei einem Reaktorunfall die Kettenreaktion im Reaktor unterbinden soll, wodurch ein Überhitzen des Reaktors verhindert werden kann. Diese Druckmessungen haben eine sehr wichtige Funktion, gerade deshalb hat das ENSI den Einsatz falscher Messungen als Ereignis der INES-Stufe 1 innerhalb der 7-teiligen Störfallkategorie der Internationalen Atomenergie-Agentur eingestuft.

Erst in Folge der Meldung aus einem ausländischen AKW wurde der Einsatz unzuverlässiger Druckmessungen erkannt und danach die Verwendung im AKW Gösgen überprüft. Wie lange diese Untersuchungen zum Einsatz im AKW Gösgen dauerten, ist nicht klar. Jedoch liess das ENSI das AKW mindestens vom 13. Mai 2019 bis zur Revision vom 1.–22. Juni 2019 mit den nicht störfallsicheren Druckmessungen weiterlaufen. Zur Risikominderung hätte das AKW sofort nach Erkennen des Fehlers abgeschaltet werden

müssen. Aber das ENSI arbeitet lieber nach dem Leitsatz: «Wenn sie noch ausreichend sicher sind, dürfen sie weiter betrieben werden». In dubio pro AKW.

Jürg Joss, Präsident Fokus Anti-Atom

- 1 https://www.kkg.ch/de/i/zahlen-und-fakten_content---1--1248.html
- 2 <https://pris.iaea.org/PRIS/CountryStatistics/CountryDetails.aspx?current=DE>
- 3 <https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/uvek/abstimmungen/abstimmung-zum-energiegesetz/kernenergie.html>
- 4 Zitat aus dem Jahresbericht Seite 41: https://www.ensi.ch/de/wp-content/uploads/sites/2/2020/06/Aufsichtsbericht_2019_WEB.pdf
- 5 <https://www.ensi.ch/de/2011/11/16/ensi-nimmt-stellung-zu-kritik-an-notfallschutzmassnahmen-und-hochwassergefahrdung/> <https://www.ensi.ch/de/2020/06/04/ngo-kritik-am-kkw-beznau-ist-unhaltbar/>

AKW Gösgen



ZUR SACHE

Die vier kritischsten Punkte zu Beznau 1

Was ist der Unterschied zwischen dem Reaktordruckbehälter von Beznau 1 und einem Glas Schaumwein?

**Keiner!
Beide sind voller Blubberbläschen!**

Beim Schaumwein sind die Bläschen gleichmässig verteilt, werden nie grösser als 2 mm und sind mit CO₂ gefüllt. Beim Reaktordruckbehälter von Beznau 1 haben sich die Bläschen im Stahl des Schmiedering B, und vor allem im Schmiedering C angesammelt.

Die Bläschen sind überhaupt nicht gleichmässig verteilt, sondern bilden im Schmiedering C eine wacklige Linie, die bei einem thermischen Schock im Reaktordruckbehälter, wie er bei einer Schnellabschaltung mit einer Abkühlung um 300 Grad entsteht, wie ein Reissverschluss aufreissen könnte.

Die Blubberbläschen im Reaktordruckbehälter sind nicht mit CO₂ gefüllt wie beim Schaumwein, sondern mit feinem Sand aus Aluminiumoxid. Und sie sind grösser als 2 mm. Rund 4000 Bläschen sind zwischen 2 und 6 mm gross, und je nach Quelle sind 940 oder 970 Bläschen grösser als 6 mm.

Was macht das eidgenössische Nuklearinspektorat ENSI in dieser Situation? Das ENSI outet sich als AKW-Groupie.

In seiner emotionalen Kampfschrift für den Schrottreaktor Beznau 1 hat das ENSI neutrale, wissenschaftliche Grundsätze weit verlassen mit Aussagen wie «Zweifel sind haltlos!» und «Beznau 1 ist sicher!»

Solche Aussagen könnten dem ENSI innert kurzer Zeit gewaltig auf die Füsse fallen.

Der Reaktor Beznau 1 erreicht unserer Auffassung nach in vier Bereichen die Ausserbetriebnahmekriterien der Ausserbetriebnahmeverordnung des Bundes. Er müsste daher gemäss Verordnung «umgehend ausser Betrieb genommen werden».

1. Der Reaktordruckbehälter ist zu spröde. Die Sprödbrechreferenztemperatur wird überschritten.

Ein Zustand, der seit 2012 mit einer neuen Berechnungsmethode für die Sprödigkeit schöngerechnet wird. Weil keine Teststücke des Stahl vom innern des Reaktors mehr existieren, weil sie 2009 aufgebraucht waren. Weil wirklich niemand damit gerechnet hat, auch die NOK nicht, dass Beznau 1 länger als bis 2009 laufen würde.

Es ist schade, dass in der Schweiz keine Aufsicht über das ENSI existiert. Beim Militär und im Atombereich funktioniert die staatliche Kontrolle nicht. Diese beiden Bereiche sind heilig, stehen teilweise über dem Recht und gelten noch heute als unantastbar.

Das, was das ENSI im oben erwähnten Liebeschwur ans Beznau 1 abgeliefert hat, entspricht beim Militär dem Liebesgedicht eines pensionierten Obersten auf den Kampfpanzer Centurion.

Bloss dass der Centurion moderner war als Beznau 1. Aber etwa gleich sicher.

Zitat eines Panzerfahrers: «Wenn die Heizung eingeschaltet wurde, kam Energie auf die Elektrozünder – und «bum!»»

Die letzten 200 Centurion wurden übrigens 2005 verschrottet. Was man von Beznau 1 leider nicht sagen kann.



2. Beznau 1 ist nicht erdbebensicher.

Der Strahlungsgrenzwert zum Schutz der Bevölkerung würde schon bei einem zehntausendjährigen Erdbeben überschritten. Auf Antrag der Axpo beziehungsweise des ENSI hat der Bundesrat 2019 einfach den Grenzwert in der Verordnung um den Faktor hundert erhöht, wir haben darüber berichtet.

1990 zu halbieren. Damit dieses Gesetz der Grundstein für die Umsetzung der Pariser Klimaziele sein kann, braucht es jedoch noch entscheidende Verbesserungen, wie ein ambitioniertes Inlandziel, damit das CO₂ auch wirklich in der Schweiz eingespart wird. Es braucht zudem verbindliche Nachhaltigkeitsauflagen für die Finanzbranche.

Leider sind die beschlossenen Flugticketabgaben zu tief angesetzt, um eine wirkliche Lenkungswirkung und weniger Flüge zu erreichen. So lange die Flüge in Europa günstiger sind als die Zugreisen, werden viele weiterhin trotzdem ins Flugzeug steigen.

Klar ist auch, dass das CO₂-Gesetz nicht alle klimarelevanten Bereiche abdeckt. So muss beispielsweise im Energiebereich der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt und die Energieeffizienz verbessert werden, denn im Vergleich mit unseren europäischen Nachbarländern hinken wir massiv hinterher. Um das Ziel netto Null Treibhausgasemissionen bis 2050 zu erreichen, braucht es eine Jahresproduktion von ca. 75 Terrawattstunden erneuerbare Energien bis 2035. Hier muss das riesige Potenzial der Sonnenenergie und anderer erneuerbarer Energieformen genutzt werden. Corona hat uns gezeigt, dass bei einer Krise entschlossen gehandelt werden kann.

Florence Brenzikofer
Nationalrätin, Grüne BL

3. Das alte Beznau 1 von 1969 ist nicht flugzeugabsturz sicher.

An so etwas dachte man 1964 bei der Planung von Beznau noch gar nicht.

4. Es gibt Korrosionsschäden im Betoncontainment von Beznau 1, also verrostete Armierung im Beton und Karbonatisierung im Beton, vorallem unten im Sumpf des AKWs.

Wie bei der Morandi-Brücke in Genua ist das nicht untersuchbar, weil man keinen vernünftigen Zugang hat, alles ist einbetoniert, siehe Bericht der Empa für das ENSI. Das ENSI beschloss darauf: Was man nicht untersuchen kann, existiert auch nicht.

Trotz allem erteilt das ENSI dem AKW Beznau 1 weiterhin die Betriebsbewilligung, weil die Betreiberin des AKWs die Verantwortung trage, nicht das ENSI. Das ENSI ist offensichtlich nicht dazu da, die Bevölkerung vor dem AKW zu schützen, sondern das AKW vor der Bevölkerung.

Damit gilt weiterhin das Motto der Axpo: «Es hebt solangs hebt!»

Pitsch



CO₂-Gesetz: Endlich geht es vorwärts!

Im Dezember 2018 lehnte die Mehrheit in Bern ein griffiges CO₂-Gesetz ab. Seither haben sich die Mehrheitsverhältnisse geändert und es gingen Tausende junge Menschen auf die Strasse. In der Sommerses-

sion erzielte der National- und Ständerat bedeutende Fortschritte. Damit die Schweizer CO₂-Reduktionsziele tatsächlich eingehalten werden können, braucht es jedoch weitere griffige Massnahmen. Die Vorlage wird voraussichtlich in der Herbstsession bereinigt.

Die ungenügende Vorlage des Bundesrates wurde vom Parlament verbessert und enthält nun Massnahmen zur Reduktion der Emissionen im Flugverkehr und in der Finanzwirtschaft. Ziel soll es sein, die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 gegenüber

NWA-Mitglied werden

Werde NWA-Mitglied und unterstütze aktiv unser Engagement für den Atomausstieg und die Energiewende.

Jahresbeitrag 50.00 CHF

Anmeldung direkt via <https://nwa-schweiz.ch> oder mit diesem Talon per Post an: NWA Schweiz, Murbacherstrasse 34, 4056 Basel

Vorname, Nachname.....

Adresse.....

Postleitzahl, Ort.....

E-Mail.....

Telefon.....

Herzlichen Dank! Du erhältst von uns die Unterlagen für die Mitgliedschaft.

Legate an NWA

Das Atomkraftwerk Mühleberg ist abgeschaltet, vier AKWs laufen noch in der Schweiz. Gemeinsam mit uns können Sie über Ihren Tod hinaus für eine Schweiz ohne Atomkraft und mit 100 % erneuerbarer Energieversorgung kämpfen – mit einem Testament.

Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Ableben fällt nicht leicht. Umso tröstlicher ist es zu wissen, dass man zu Lebzeiten auch über den Tod hinaus die Zukunft mitgestalten kann.

Mit einem Testament schaffen Sie klare Verhältnisse. Sie bestimmen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, wem Sie wie viel von Ihrem Hab und Gut vermachen wollen. Die NWA Schweiz ist von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit. Der Wert Ihres Vermächtnisses fliesst somit ohne Abzüge in den Kampf für den Atomausstieg und den Fossilausstieg.

Selbstverständlich stehen die eigenen Kinder, die Familie und Freunde im Testament an vorderster Stelle. Dank der freien Quote haben Sie aber auch die Möglichkeit, eine Organisation wie «Nie Wieder Atomkraftwerke Schweiz» zu beschenken.

<https://nwa-schweiz.ch>

Herzlichen Dank für Ihre Spende auf das PostFinance-Konto von NWA Schweiz
IBAN CH42 0900 0000 4000 8355 3
BIC POFICHBEXXX

Herausgeber & Impressum
NWA (Nie Wieder AKW) Schweiz
Murbacherstrasse 34, 4056 Basel
<https://nwa-schweiz.ch>
sekretariat@nwa-schweiz.ch
Telefon +41 61 322 49 20
Redaktion Peter Stutz
Layout Aernschd Born
Druck Grafisches Service-Zentrum WBZ
Erscheint 4 x jährlich